



# Souveränitätsverlust für EU-Länder



**Finanzminister Wolfgang Schäuble sagte auf dem Internationalen Bankenkongress in Frankfurt/Main am 18. Nov. 2011: „Diese Fiskalunion kommt innerhal...**

Finanzminister Wolfgang Schäuble sagte auf dem Internationalen Bankenkongress in Frankfurt/Main am 18. Nov. 2011: „Diese Fiskalunion kommt innerhalb von 24 Monaten.“ Unter Fiskalunion ist zu verstehen, dass die EU Macht erhält, die Wirtschaftsund Finanzpolitik aller EU-Staaten zu bestimmen. Die Deutschen hätten keinen Grund, sich über den Verlust der Souveränität aufzuregen, da sie schon seit dem 8. Mai 1945 nicht mehr wirklich souverän seien. Des weiteren bezeichnete Schäuble das Festhalten am Souveränitätsgedanken der Nationalstaaten als einen Rückfall in das letzte Jahrhundert.

von mb

---

## Quellen:

Politische Hintergrundinformationen Nr. 33-34/2011, Seite 261

---

## Das könnte Sie auch interessieren:

---

---

## Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](http://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: [www.kla.tv/abo](http://www.kla.tv/abo)

---

### Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!**

**Klicken Sie hier: [www.kla.tv/vernetzung](http://www.kla.tv/vernetzung)**

---

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.